

**POSTULAT** von Christine Schwyn (FraPI, Zürich) und Anjuska Weil (FraPI, Zürich)  
betreffend Vergewaltigungsoffer im Kriegsgebiet des ehemaligen Jugoslawien

---

Wir bitten den Regierungsrat dringend, beim Bund vorstellig zu werden betreffend mehr Hilfsangebote für die Vergewaltigungsoffer des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Insbesondere ersuchen wir den Regierungsrat, den Bund aufzufordern, Gewalt gegen Frauen als Asylgrund anzuerkennen und sich bei der UNO dafür einzusetzen, dass Vergewaltigungen im Krieg zu Kriegsverbrechen erklärt werden.

Christine Schwyn  
Anjuska Weil

Begründung:

Systematische Gewalt gegen Frauen und Kinder ist eine gängige Praxis, die Männer in Kriegszeiten anwenden, um ihre Gegner zu zerstören. In letzter Zeit wurden die neusten dieser Greueltaten aus dem ehemaligen Jugoslawien bekannt: Zehntausende Frauen und Mädchen werden systematisch in Lager abgeschleppt und vergewaltigt. Dabei sind die Frauen Trophäen der Männer der verschiedenen Kriegsparteien und werden zur totalen Ware degradiert. Wir sind nicht bereit, dies als grauenhafte Tatsache wegzustecken und diesen Angriff auf die Frauenwürde und Menschlichkeit als "Brutalität unter anderen" anzusehen. Wir haben alle, als Frauen und Männer in Europa, eine Verantwortung wahrzunehmen, wenn wir von solchen Gewalttaten vernehmen, und wir sollten das bestmögliche unternehmen, sie zu verhindern. Oft könnte Opfern von solchen Greueltaten geholfen werden, wenn sie die Möglichkeit für einen Aufenthalt in einem anderen Land bekommen. Um zu verhindern, dass sich die schweizerische Asylpraxis des Zweiten Weltkrieges wiederholt, müssen wir hier und jetzt handeln und ihnen solche Möglichkeiten bieten wie auch konkrete Friedensprojekte vor Ort unterstützen.